



Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

Erhaltungswaife: Täglich mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage. Anzeigenpreis: a) im Anzeigenteil. Die Seite 15 Goldpfennige Familienanzeigen 10 Goldpfennige b) im Reklameteil. Die Seite 50 Goldpfennige Auf Sammelanzeigen kommen 50% Zuschlag. Für Platzvorschriften kann keine Gewähr übernommen werden. Gerichtsstand für beide Teile ist Calw.

Bezugspreis: In der Stadt 40 Goldpfennige wöchentlich, mit Trägerlohn. Postbezugspreis 40 Goldpfennige ohne Bestellgeld. Schlus der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Fernsprecher Nr. 9. Verantwortliche Schriftleitung: Friedrich Hans Schiele. Druck und Verlag der A. Oelschläger'schen Buchdruckerei.

Nr. 152 Freitag, den 3. Juli 1925. 88. Jahrgang

Richtlinien zur Außenpolitik.

Die Reichstagsfraktion der D. V. P. zur außenpolitischen Lage.

U. Berlin, 3. Juli. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hat in ihrer Sitzung vom 2. ds. Mts. zu der durch die Briandnote vom 16. Juni ds. Js. geschaffenen außenpolitischen Lage Stellung genommen. Sie stimmte der Initiative der deutschen Regierung zu, die im gegebenen Moment eingeleitet hat, um die Lösung der Sicherheitsfrage mit Deutschland, nicht gegen Deutschland herbeizuführen, und sie fordert, daß die in Gang gebrachten Erörterungen in dem Grundgedanken des deutschen Memorandums vom 9. Februar ds. Js. fortgesetzt werden. Jedes Hineinziehen der militärischen Bündnispolitik aber abgelehnt wird. Dabei ergibt sich die Aufgabe, folgende

Richtlinien

zu berücksichtigen und auf ihre Sicherung zu bringen: Ein Eintritt Deutschlands in den Völkerbund ist vor der Räumung nicht nur der Ruhr und des Sautionsgebietes, sondern auch der ersten Rheinlandzone undenkbar. Er setzt Einigung über das Sicherheitsproblem, Ausschaltung der für Deutschland im Art. 16 der Völkerbundscharten - Völkerbundsanktionen - besonders besonderen Gefahren, sowie Festhaltung der Grundgedanken des deutschen Memorandums über den Völkerbund voraus. Es mag zu einer Beilegung der Beschlüsse des Völkerbundsrates über die Militärkontrolle des Völkerbundes führen, soweit sie über den Versailler Vertrag hinausgehen, insbesondere soweit sie örtliche ständige Kontrollorgane im Rheinland in Aussicht nehmen. Wenn auch der Sicherheitspakt selbst den Versailler Vertrag nicht abändert, so darf doch darüber kein Zweifel bestehen, daß Deutschland keine Verschlechterung der sich aus dem Versailler Vertrag ergebenden Lage hinnehmen kann, und daß es auf die in diesem festgesetzten sowie die durch fortschreitende friedliche Entwicklung herbeizuführenden Abänderungsmöglichkeiten nicht verzichtet wird. Wird das nächste Ziel des Paktes, Lösung der Sicherheitsfrage erreicht, so wird sich die Notwendigkeit aufdrängen, Besatzung und Rheinlandabkommen den veränderten Verhältnissen anzupassen. Als baldige Beilegung des Delegiertenkongresses, Unterstellung aller Streitigkeiten aus dem Versailler Vertrag, insbesondere auch über die Entmilitarisierung des Rheinlandes, sowie das Rheinlandabkommen unter ein Schiedsverfahren, Ablehnung jeder Wiederaufnahme früherer Sanktionsmethoden muß erreicht werden. Beim Abschluß von Schiedsverträgen ist von dem deutschen Typus auszugehen. Nur als Subjekt seiner Politik in voller Freiheit darf Deutschland förmliche Schiedsverträge abschließen. Garantie und Entscheidung über Verletzung durch Bundesgenossen eines Vertragsverstoßes ist mit völkerrechtlichen Grundsätzen unvereinbar. Die Lösung östlicher Konflikte wird durch diese Zurückweisung des französischen Garantieplanes nicht abgezwängt. Mit Rußland hat Deutschland den Rapallo-Vertrag geschlossen. Dieser wird durch die von Deutschland eingeleiteten Verhandlungen mit den Westmächten nicht verletzt. Deutschland hält an ihm fest und darf sich in keiner Weise gegenüber Rußland in eine die deutschen Interessen schädigende Politik treiben lassen. Ebensovwenig dürfen die Beziehungen Deutschlands zu anderen Mächten durch den Abschluß eines Westpaktes getrübt werden. Nur bei Wahrung der vorstehenden Grundsätze scheint

der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei der Abschluß eines Sicherheitspaktes mit Deutschlands Interessen und Europas Neuordnung vereinbar. Das letzte Ziel muß ein wirklicher Frieden nach dem Grundgedanken von Gleichberechtigung und Gegenseitigkeit durch Schiedsverträge, Sicherheit und allgemeine Entwaffnung sein.

Rabinettssitzung über die außenpolitische Lage.

U. Berlin, 3. Juli. Halbamtlich wird gemeldet: Das Reichskabinett setzte gestern nachmittag die Beratungen über die außenpolitische Frage fort. Der Reichsminister des Auswärtigen berichtete über den Stand der Vorarbeiten für die Beantwortung der französischen Sicherheitsnote. Es besteht über die Grundlinie dieser Antwort Einverständnis, und es ist die Vorlage eines Entwurfes im Kabinett ehestens zu erwarten.

Eine verhinderte Erklärung des Reichszanlers.

U. Berlin, 3. Juli. Die Tägliche Rundschau erfährt, daß der Reichszanler die Absicht hatte, gestern im Verlaufe der Geschäftsordnungsdebatte des Reichstages über die heutige Tagesordnung noch das Wort zu ergreifen, um auch an dieser Stelle zu erklären, daß die Regierung eine außenpolitische Aussprache im Reichstage noch vor den Sommerferien herbeizuführen werde. Der rasche Abschluß der Geschäftsordnungsdebatte hat dann diese Erklärung verhindert.

Verzicht auf die Sicherheitsinterpellation.

Berlin, 3. Juli. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei veröffentlicht folgende Erklärung:

Nachdem der Herr Reichszanler in seiner Besprechung mit Vertretern der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei diese heute die Erklärung abgegeben hat, daß eine Aussprache über die außenpolitische Lage im Reichstage noch in dieser Tagung stattfinden werde, ist die Absicht der Fraktion, eine alsbaldige Klärung der politischen Lage herbeizuführen, erreicht. Die Reichstagsfraktion behält sich eine erneute Initiative vor, sobald die in der heutigen Erklärung der Reichsregierung angekündigte Beantwortung der französischen Note vorliegt. Dementsprechend hat die Fraktion von der Einbringung einer Interpellation zunächst abgesehen.

Der Vertragsbruch der Alliierten.

U. Berlin, 3. Juli. Wie der Tag aus London meldet, haben die auswärtigen Ausschüsse der liberalen und der radikalen Parteien des Unterhauses eine Entschlieung gefaßt, die für alle liberalen und radikalen Mitglieder des Parlamentes bindend ist und die Grundlage für den Standpunkt abgibt, der gegenüber der Deutschland am 4. Juni überreichten Entwaffnungsnote eingenommen werden soll. Die Entschlieung zerfällt in sieben Punkte. Der zweite heißt:

Die Verbündeten haben einen sehr ernsten Bruch des Versailler Vertrages begangen, indem sie Deutschland vor dem 10. Januar nicht den genauen Charakter der Verletzungen und dessen mittelteil, was Deutschland tun könne, um solche Fehler gutzumachen. Die alliierte Note vom 6. Januar war so unklar, daß Deutschland gar keine Möglichkeit hatte, in Uebereinstimmung mit dem Friedensvertrage zu handeln.

Der Zollkrieg mit Polen.

Die Gegenmaßnahmen der Reichsregierung.

U. Berlin, 3. Juli. Der Reichsrat nahm eine Verordnung der Reichsregierung über die gegen Polen zu ergreifenden Gegenmaßnahmen an. Die bestehenden allgemeinen Einfuhrverbote werden gegen Polen gegenüber ausnahmslos durchgesetzt werden. Dazu sollen neue gegen Polen gerichtete Einfuhrverbote für Waren treten, die sonst einfuhrfrei sind. Die Verordnung über die Zollsätze wird am 6. Juli in Kraft treten. Die Kampfzollsätze gegenüber Polen sind u. a. folgende:

- Für Roggen 10 RM., Gerste ebenfalls 10 RM., Kartoffeln in der Zeit vom 15. 2. bis 31. 7. 5 RM., vom 1. 8. bis 14. 2. 2 RM., Hülsenfrüchte 20 RM., Lebende Schweine 40 RM., frisches und gefrorenes Fleisch 70 RM., einfach zubereitetes Fleisch 90 RM., feiner zubereitetes Fleisch 180 RM., Schweinefleisch 500 RM., Eier 25 RM., Mehle 25 RM.

Die Deutsch-Französischen Wirtschaftsverhandlungen.

Heute Uebereichung der Note des französischen Wirtschaftsministers.

U. Paris, 3. Juli. Die Unterredung zwischen Staatssekretär Trendelenburg und Wirtschaftsminister Chaumet dauerte gestern nachmittag von 4-6 1/2 Uhr. Es wurden die wichtigsten noch strittigen Punkte zur Sprache gebracht. Die deutsche Abordnung erhält heute vormittag eine Note des französischen Wirtschaftsministers mit Gegenvorschlägen. Sie wird unverzüglich in eine aufmerksame Prüfung des Schriftstückes eintreten. Wahr-

scheinlich werden einige Tage vergehen, bevor die deutsche Delegation sich ein Urteil über die Note bilden kann.

Neue Wirtschaftsverhandlungen mit Spanien.

Madrid, 3. Juli. Nach der Ratifizierung des deutsch-spanischen Handelsvertrages vom 2. Juni ist die Reichsregierung entsprechend der im Reichstag abgegebenen Erklärung an die spanische Regierung herangetreten, um in neue Verhandlungen über die im Reichstag beanstandeten Punkte des Vertrages einzutreten. Die span. Regierung hat sich darauf zu neuen Verhandlungen bereit erklärt. Heute mittag ist eine deutsche Delegation zur Aufnahme der Verhandlungen unter der Führung des ehemaligen bayerischen Ministerpräsidenten Graf Lerchenfeld nach Madrid abgereist. Einige Vertreter des Weinbaues und des Weinhandels schließen sich der Delegation an.

Die Etatsrede des Reichsfinanzministers.

Berlin, 3. Juli. In der gestrigen Sitzung des Reichstages wendete sich Reichsfinanzminister v. Schlieben in seiner Etatsrede gegen die Ausführungen eines sozialdemokratischen Redners in einer früheren Sitzung, der dem Minister vorgeworfen habe, daß das Ministerium überhaupt nicht sozial und gerecht sei. Der Minister stellt demgegenüber fest, daß der Etat für 1925 sich gegenüber der ersten Staatsvorlage um 754 Millionen ungünstiger stellte, weil die Einnahmen verringert und die Ausgaben erhöht werden sollen. Von dieser Summe entfallen allein 500 Millionen auf Maßnahmen, die ausschließlich dazu bestimmt seien, die Lage der minder-

Tages-Spiegel.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei veröffentlicht Richtlinien zur Außenpolitik und hat nach Rücksprache mit Dr. Luitker auf die Einbringung der Sicherheitsinterpellation verzichtet.

Im Reichstag wurde der Gesetzentwurf zur Änderung der Pacht- schuhordnung in dritter Lesung einstimmig angenommen.

Das Hauptquartier der englischen Rheinarmee wird nach der Räumung Kölns nach Koblenz verlegt werden.

Die belgische Kammer sprach dem neuen Kabinett Boulet mit 123 gegen 37 Stimmen bei 15 Stimmenthaltungen das Vertrauen aus.

Auf der von Amerika einzuberufenden China-Konferenz sollen neben England, Frankreich, Amerika, Japan und Italien auch Spanien, Peru, Dänemark und Schweden vertreten sein.

Die Reichsregierung hat nunmehr Gegenmaßnahmen gegen die polnischen Einfuhrverbote ergriffen, die ein Spiegelbild der polnischen Maßnahmen darstellen.

In den Forsten Schweinert und Neuhaus im Kreise Schwertn brach vorgestern ein Waldbrand aus, der eine katastrophale Ausdehnung nahm. Ueber 1000 Morgen Wald standen in Flammen. Im ganzen sind etwa 1000-1200 Morgen Wald vernichtet.

bemittelten Volkskreise zu erleichtern. Die Ausgaben für soziale Zwecke, nämlich für Erwerbslose, für eine Erhöhung der Invalidenrente und zur Förderung der Wohlfahrtspflege, seien auf mehr als das Doppelte erhöht worden. Zur Erhöhung der Bezüge der Kriegsbeschädigten und Kriegsernterliebenen würden voraussichtlich auch 200 Millionen Mark zur Verfügung gestellt werden.

Die Erhöhung der steuerfreien Lohnabzüge und die Aufhebung des Kinderprivilegs ergäben allein einen Steuerausfall von 150 Millionen, die Ermäßigung der Umsatzsteuer einen solchen von 200 Millionen.

Auch die Ausgaben für kulturelle Zwecke seien nicht unerheblich erhöht worden. Allen diesen gewaltigen Mehrbelastungen habe die Finanzverwaltung aus sozialen und kulturellen Gründen zugestimmt.

Auch in der Aufwertungsfrage sei im Rahmen des finanziell Möglichen alles getan worden. Wenn es unter den augenblicklichen Verhältnissen bisher nicht möglich gewesen sei, Mittel für eine Verbesserung der Beamtenbesoldung bereitzustellen, so sei der Umstand ausschlaggebend gewesen, daß die Aufwendungen für Volkskreise, die ganz besonders bedürftig waren, sich als noch dringlicher erwiesen. Die Verbesserung der Lage der Sozialrentner müsse allen anderen vorangehen. Dasselbe gelte von den Kriegsbeschädigten und Kriegsernterliebenen. Es würden alle Möglichkeiten erwogen werden, wie den Beamten zu helfen sei.

Der Minister beschäftigte sich dann mit Organisationsfragen und erkannte an, daß die jetzige Größe des Ministeriums unerwünscht sei, daß aber wegen der enormen Arbeitslast eine baldige Verringerung dieses Zustandes nicht möglich sei. Auch die Erhaltung kleiner Finanzämter solle erwogen werden. Der Minister erklärte, auch er sei von der staatspolitischen Notwendigkeit durchdrungen, mit den Landesregierungen in möglichst Einvernehmen zu leben und das Verhältnis von Reich und Land in diesen finanzpolitischen Fragen nicht lediglich nach fiskalischer Gesichtspunkten, sondern im Geiste des gegenseitigen Vertrauens und unter Berücksichtigung der psychologischen Zusammenhänge zu regeln. Die Finanzpolitik des Reichskabinetts müsse die notwendige Unterstützung im Reichstage finden.

Gegenüber Bemerkungen der Etatsredner über die „Flucht in die Dossentlichkeit“, die der Finanzminister vor einigen Wochen angetreten hätte, erklärt der Minister, er lege den größten Wert auf freundschaftliches, verständnisvolles und harmonisches Zusammenarbeiten mit den übrigen Ressorts. Der Redner gibt zu, daß die Branntweinmonopolverwaltung ein Sorgenkind der Finanzverwaltung

sei. Hier würde sich eine durchgreifende Reorganisation nicht vermeiden lassen. Der Verbrauch von Trinkbranntwein sei gegenüber der Vorkriegszeit auf weniger als ein Drittel zurückgegangen, was man vom volkswirtschaftlichen und gesundheitslichen Standpunkt aus ja nur begrüßen könne. Aber auch der Verbrauch an Brennspiritus habe sich wesentlich vermindert, sodas von einer Ueberproduktion an Spiritus gesprochen werden könne. Aber auch die jetzige Organisation des Monopols habe sich nicht bewährt. Die Maßnahmen für Abstellung der Mängel würden eingehend geprüft werden. Nötigenfalls würde man auch vor einer Verringerung des Gesetzes nicht zurückschrecken, womit selbstverständlich nicht gesagt werden solle, daß damit der Monopoldenkmal unter allen Umständen verlassen werden müsse. Die große Mehrheit der reichs eigenen Betriebe befänden sich in ruhiger günstiger Entwicklung. Die Zusammenfassung der Werke unter eine Gesellschaft habe sich durchaus bewährt. Mittel seien bei den deutschen Werken erforderlich gewesen, deren Reorganisation in nächster Zeit durchgeführt würde. Die Finanzverwaltung sei bemüht, die Reichsfinanzen auf feste und sichere Grundlagen zu stellen.

Verkehrsfragen der Waldgemeinden.

Werbefahrt des Handels- und Gewerbevereins Calw.

(Schluß).

Besprechung in Neuweiler.

Nach flotter Fahrt durch das waldbreiche Gelände über die Dörschaften Agenbach und Oberfollwangen, woselbst die Schultzeißen Wolf und Böcher zur Fahrt nach Neuweiler aufgenommen wurden, langte man dort um 1 Uhr an. Nach einem Mittagessen im „Lamm“ fand hier die zweite Besprechung statt. Vor einer zahlreichen Schar von Interessenten aus Agenbach, Oberfollwangen und Neuweiler konnte Obermeister Essig die Versammlung eröffnen und die Erschienenen begrüßen. Stadtschultheiß Göhner schilderte darauf den bedauerlichen Rückgang der Postverbindungen und die besondere Vernachlässigung der Waldseite im Bezirk. Der Handels- und Gewerbeverein Calw habe sich schon von jeher zur Aufgabe gemacht, den Verkehr im Bezirk zu pflegen und zu fördern, diesem Zweck solle auch die heutige Werbefahrt dienen. In seinen folgenden Ausführungen gab der Redner einen Rückblick auf die Verkehrsverhandlungen im Jahre 1921, die sich leider zerschlugen, als Haupthindernis für eine Autoverkehrsline führte er die schlechte Beschaffenheit der Straßen an, welche die Uebernahme einer Verbindung durch die Post vollständig ausschloß. Er regte an, die Verkehrsstraßen im Lauf der nächsten Jahre so zu verbreitern, daß sie dem Verkehr der Zukunft gerecht würden, bis dahin jedoch baldmöglichst einen regelmäßigen Befehrsverkehr zur Personen- und Güterbeförderung einzurichten. In Stadt und Land seien die Interessen an einem solchen Verkehr gleich groß. Man möge daher einen möglichst am Orte selbst ansässigen Unternehmer für die Durchführung einer Verkehrsverbindung interessieren gegen Stellung einer Garantiesumme, an deren Ausbringung sich neben den fraglichen Gemeinden auch die Stadt Calw und der Handels- und Gewerbeverein beteiligen würden. Auch sei man zur Bewährung eines mäßig verzinslichen Darlehens an einen Unternehmer zwecks Kraftwagenbeschaffung bereit. Schultheiß Maffi-Neuweiler führte hierauf aus, daß das Bedürfnis nach einer Kraftwagenverbindung besonders zur Güterbeförderung vorhanden sei. Zur Zeit fahre zweimal in der Woche der Frachtfuhrmann nach Calw, es sei bei entsprechender Unterstützung und Garantieübernahme wohl möglich, insbesondere in Verbindung mit dem Milchgeschäft, den Verkehr rentabel zu gestalten. Buchdruckereibesitzer Essig sprach für den Zusammenschluß mehrerer Gemeinden, da ein solcher die Lasten für eine Verkehrsverbindung leichter tragbar mache. Ein Unternehmer werde sich bei entsprechender Unterstützung nicht allzuschwer finden lassen. Landtagsabg. Dingler betonte die Wichtigkeit der Einbeziehung der Waldborte in den großen Verkehr. Die Gemeinden müßten fortschrittlich denken und mit der Zeit an den Ausbau ihrer Verkehrsstraßen gehen. Die Postverbindung sei nur eine Frage der Zeit, die Zukunft werde sie bestimmt bringen. Bis dahin müsse eine vorläufige Lösung der Verkehrsfrage gefunden werden. Der Redner machte den Vorschlag, vorerst einen einmonatigen Probeverkehr mit Ausgangsstation Neuweiler durchzuführen und einen evtl. entstehenden Abmangel durch die an der Linie beteiligten Gemeinden zu decken. Aus den Ausführungen mehrerer Versammlungsteilnehmer ging hervor, daß in Neuweiler eine Autoverbindung Neuweiler-Oberfollwangen-Teinach-Calw erwünscht ist, auch erklärte sich ein anwesender Neuweiler Bürger zur bedingten Uebernahme der Verkehrsline bereit. Stadtschultheiß Göhner hat insbesondere die anwesenden Gemeindevorstände die Verkehrsfrage unter sich und mit den Einwohnern zu besprechen und ihm bald von einer erfolgreichen Lösung Mitteilung zu machen. An der Unterstützung durch die Stadt Calw solle es nicht fehlen. Nachdem die Einberufung einer Gemeindefürsorge zugestimmt worden war, schloß Flaschnermeister Essig die anregend verlaufene Besprechung.

Besprechung in Zwerenberg.

Die dritte Besprechung fand in der Gemeinde Zwerenberg im dortigen Rathaus statt, woselbst Schultheiß Seeger-Zwerenberg und Schultheiß Schaible-Martinsmoos nebst einer stattlichen Schar von Interessenten die Calwer Herren erwarteten. Nach einer Begrüßungsansprache in der Obermeister Essig auf das Fehlen jeglicher Verbindung mit der Oberamtsstadt hinwies, schilderte Stadtschultheiß Göhner die bisher auf der Fahrt gewonnenen Eindrücke; in den Besprechungen in Würzbach und Neuweiler habe sich das dringende Bedürfnis nach einer Verkehrsverbindung mit der Stadt Calw gezeigt, auch die Gemeinde Zwerenberg möge nunmehr dazu beitragen, daß die alte Verbindung wiederhergestellt werde. Die Gemeinde möge sich bis zur Einführung einer Postverkehrsline, die die Zukunft bringen werde, auch zu einem provisorischen Autoverkehr wie die Gemeinden Würzbach und Neuweiler entschließen. Kaufmann Dreiß erinnerte an den schönen, jahrzehntelangen Geschäftsverkehr mit Calw, solange das Botenfuhrwerk verkehrte. Schultheiß Seeger-Zwerenberg führte hierauf aus, das Bedürfnis nach einer Verkehrsverbindung mit Calw sei nur gering. Die Hauptinteressen der Zwerenberger Einwohnerschaft führten ins obere Nagoldtal und nach Altensteig, er habe deshalb auch seinerzeit den Vorschlag gemacht, die projektierte Rundfahrt durch die Waldborte mit Altensteig zu verbinden, was er heute noch als angebracht aufrecht erhalten müsse. Während Buchdruckereibesitzer Essig die Vorteile einer direkten Autoverbindung mit Calw für den Durchgangsverkehr und die, dank dem Wirken der Handelskammer Calw, vorzüglichen Calwer Bahnverbindungen hervorhob, führte Landtagsabgeordneter Dingler mehrere Punkte, insbesondere den Verkehr mit Würzbach an, die wieder eine Verbindung mit der Oberamtsstadt bedingten. Die alte Postverbindung, die jahrzehntelang bestanden habe, müsse wieder erneuert werden und halte er einen kleinen Kraftwagenverkehr für durchaus angebracht. Die Milchlieferung, die heute über Altensteig nach Würzbach erfolgt, könne dann auf dem kürzeren Weg über Calw geleitet werden, was eine nicht unbedeutliche Zeitersparnis zur Folge haben würde. Wenn auch die finanzielle Not der Gemeinden heute die Lösung der Verkehrsfrage erschwere, so möge doch Zwerenberg die der Gemeinde durch eine Verkehrsline erwachsenden Vorteile erkennen und die alte Liebe zur Stadt Calw wieder aufleben lassen. Nachdem noch die Herren G. Essig, Widmayer und Hartmann in gleichem Sinn gesprochen und Kaufmann Dreiß gegen einen Einwand

versichert hatte, daß die Stadt Calw an der Aufhebung des Botenfuhrwerks keine Schuld trage, sondern im Gegenteil sich bei der Reichspostverwaltung außerordentlich um die Erhaltung dieses Verkehrs eingesetzt hätte, machte Stadtschultheiß Göhner in klaren Zügen einen Vorschlag über die Einführung eines privaten Autoverkehrsunternehmens, bei Garantieübernahme und Unterstützung durch ein Darlehen. Nach längeren Besprechungen, die sich zumeist in andere Gebiete verloren und eine größere Sympathie für die Verkehrsfrage vermissen ließen, schloß Obermeister Essig die Besprechung und bat den Gemeindevorstand Seeger, mit den Gemeinden Martinsmoos und Gaugenwald wegen der Einführung einer Verkehrsline Fühlung zu nehmen und das Ergebnis dem Stadtschultheißamt Calw mitzuteilen.

Besprechung in Neubulach.

Sehr interessant gestaltete sich die letzte Besprechung in der Stadt Neubulach. Flaschnermeister Essig konnte hier im Gasthof zum Lamm vor einer großen Versammlung die Besprechung eröffnen. Er begrüßte die Anwesenden und gab einen Ueberblick über die bisher auf der Werbefahrt gesammelten Erfahrungen, wobei er besonders hervorhob, daß das Rundfahrprojekt nicht durchgeführt werden könne, einmal, weil die Beschaffenheit der Straßen mangelhaft sei, zum andern, weil die Gemeinden das Bedürfnis nach kürzeren Sonderverbindungen hätten. Nachdem der Redner zu einer Aussprache über die Bedürfnisse und Wünsche Neubulachs und der Nachbargemeinden aufgefordert hatte, ergiff Stadtschultheiß Müller-Neubulach das Wort zu einer herzlichen Begrüßungsansprache, in welcher er dem Handels- und Gewerbeverein für dessen Verkehrsbestrebungen danke und der Hoffnung auf ein gutes Ergebnis für die Waldgemeinden Ausdruck verlieh. Für Neubulach gebe es keinen anderen Verkehr als den mit Calw; bis zur Inflationszeit habe Neubulach einen regelmäßigen Botenfuhrwerksverkehr mit der Stadt Calw gehabt, heute stehe, nachdem Martinsmoos und Zwerenberg dem Postbezirk Ebnhausen angegliedert worden seien, Neubulach auf eigenen Füßen. Zur Zeit finde täglich einmal eine Postfahrt nach Station Teinach statt, die Postbestellung werde durch einen weiteren Botengang ergänzt und befriedige vollauf. Die einzige direkte Verbindung mit Calw werde durch das Frachtfuhrwerk aufrechterhalten, welches einmal wöchentlich (Samstag) verkehre. Eine Autoverbindung Calw-Neubulach könne er daher nur begrüßen, er hege jedoch Bedenken über die Rentabilität der Strecke Teinach-Calw, welche 6 Km. neben der Bahn (Fahrpreis 15 Wfg.) herlaufe. Stadtschultheiß Göhner gab seiner Freude Ausdruck über das Zusammenfinden und die Behandlung gemeinsamer Fragen; die Beziehungen mit Neubulach hätten sich als die besten auf der Werbefahrt herausgestellt. Man habe nunmehr die Wünsche und Bedürfnisse der Gemeinden kennen gelernt und sei der Möglichkeit einer praktischen Lösung der Verkehrsfrage näher gekommen. Eine Autoverbindung Zwerenberg-Neubulach-Teinach-Calw stelle eine Lösung dar, wie sie wohl allgemein nur erwünscht sein könnte. Sollte diese Verkehrsline jedoch nicht durchgeführt werden können, so wäre das Augenmerk darauf zu richten, den Verkehr Neubulach-Calw zu verbessern und ihn rasch und billig nach der Oberamtsstadt zu leiten. Der Redner machte den Vorschlag, Posthalter Schaible möge die Postfahrten nach Teinach versuchsweise bis Calw durchführen, der Frachtfuhrverkehr werde diese Fahrten voraussichtlich rentabel gestalten. Posthalter Schaible erklärte sich hierzu bereit bei entsprechender Unterstützung durch die Gemeinde. Aus der Mitte der Versammlung wurde mehrfach der Wunsch laut nach einer Verbindung der Gemeinden Zwerenberg, Martinsmoos und Oberhaußgitt mit Neubulach, die ein großes Bedürfnis darstelle. Landwirt Hanelmann-Liebelsberg schilderte die auf der Fahrt gewonnenen Eindrücke, überall habe man sich von dem lebhaften Bedürfnis nach Verkehrsverbindungen überzeugen können. Er begrüßte die Initiative der Gemeinden, Sonderverbindungen nach Calw zu schaffen, hielt aber trotzdem das Projekt der großen Rundfahrt durch die Waldborte, bei dem gegenüber den nebeneinander laufenden Sonderverbindungen 20 Km. eingespart werden könnten, für die beste Lösung der Verkehrsfrage, denn nur vereinte Kraft mache stark. Mehrere Neubulacher Redner sowie Schultheiß Braun-Liebelsberg traten lebhaft für die Durchführung der Verkehrsverbindung Neubulach-Calw ein und wünschten die Einbeziehung der Gemeinde Zwerenberg in den Verkehr, während einige Altbulacher Bürger darüber führten, daß man Altbulach bei der Lösung der Verkehrsfrage links liegen lasse; daran schloß sich eine längere Debatte über die außerordentliche Belastung der Gemeinde Altbulach durch die Unterhaltspflicht des größten Teiles der Straßenstrecke Liebelsberg-Teinach. Hierbei wurden Stimmen laut, die sich für einen Ausbau der Fahrstraße Altbulach-Teinach aussprachen, wenn der Verkehr über Altbulach geleitet würde. Stadtschultheiß Müller führte aus, die Verkehrsverhältnisse seien im Reichspiel gehalten, die Hoffnung, daß die Unterhaltspflicht für die Calwer Steige, eine der verkehrsreichsten Straßen im Calwer Bezirk, von der Staatskasse übernommen werde, habe sich nicht erfüllt. Das erste Erfordernis sei die Aufnahme des Verkehrs Neubulach-Calw vielleicht vorerst 2-3mal in der Woche, danach erst könne man an einen organischen, langjamen Ausbau dieser Verkehrsline gehen. Während des Sommerverkehrs könne Posthalter Schaible schließlich die Güter aus Martinsmoos und Zwerenberg täglich abholen und zu den Mittagszügen am Calwer Bahnhof sein. Landtagsabg. Dingler gab seiner Freude über die fortschrittliche Gesinnung Ausdruck, hielt jedoch die Aussichten für den Verkehr Teinach-Calw für gering. Um eine Rentabilität zu gewährleisten, müßten mehrere Gemeinden an die Verkehrsline angeschlossen werden. Wohl erscheine eine kleine Verbindung zu den Calwer Mittagszügen (Personen- und Frachtförderung) Erfolg zu versprechen, vor allem müßten jedoch Gemeinden an die Linie angeschlossen werden, die bisher keinen Verkehr hatten. Er machte daher den Vorschlag, Posthalter Schaible möge die fehlende Verbindung im oberen Wald evtl. durch die große Rundfahrt von Calw aus herstellen. Während Schultheiß Braun-Liebelsberg nochmals für eine Beteiligung der Gemeinden Zwerenberg und Martinsmoos an der Verkehrsverbindung eintrat, machte Rechtsanwält Rheimwala-Calw den Vorschlag, sich auf einen Pendelverkehr Zwerenberg-Teinach zu beschränken, welcher bereits genüge, um auch die Gemeinden Gaugenwald und Martinsmoos in den Bezirksverkehr einzubeziehen; der Abgang aus diesen Orten nach Altensteig werde dadurch von selbst aufhören. Landwirt Wolz-

Altbulach führte hierzu aus, das Geld müsse auch dort bleiben, wo man sein Verdienst habe; das Oberamt Nagold sei keine Abgabegemeinde für die Waldborte, man möge daher seinen Bedarf in seinem Abgabegebiet decken und dieses sei der eigene Oberamtsbezirk. Stadtschultheiß Göhner wies darauf hin, daß man den Wunsch habe, möglichst viele Gemeinden an die Verkehrsline anzuschließen; vorläufig gelte es jedoch baldmöglichst einen provisorischen Verkehr zu schaffen, der dann ausgebaut werden müsse. Zunächst sei natürlich das Ergebnis der Besprechungen in den Gemeinden abzuwarten, von dem alle weiteren Schritte abhängig sein würden. Zum Abschluß der Besprechung und als Niederschlag der Ergebnisse der Werbefahrt verlas unter allgemeiner Zustimmung Flaschnermeister Essig die folgende

Entschließung:

Die heutige Versammlung anerkennt die Notwendigkeit der Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Waldgemeinden mit der Oberamtsstadt Calw. Als Weg der vorläufig am raschesten zum Ziele führt, sollte der seither von Posthalter Schaible betriebene Verkehr ausgebaut werden. Die an den Verkehr bis jetzt nicht angeschlossenen Gemeinden sollen einbezogen werden. Die anwesenden Vertreter der Gemeinden und des Bezirks-handelsgewerbevereins versichern die Unterstützung des Unternehmens und bitten die Stadtschultheißen von Calw und Neubulach die erforderlichen Schritte einzuleiten.

Politische Uebersicht.

Am Samstag soll die abschließende Sitzung des Reichskabinetts über die Sicherheits- und Entwaffnungsnote stattfinden.

Die Fraktion der Deutschen Volkspartei wird eine Interpellation einbringen, die Dr. Stresemann Gelegenheit geben soll, seine Ansicht über den Sicherheitspakt vor dem In- und Auslande darzulegen.

Im Auswärtigen Ausschuss kam es nach den Vorlegungen Dr. Stresemanns über die Frage des Sicherheitspaktes zu lebhaften Auseinandersetzungen, bei denen die Deutschnationalen besonders scharfe Kritik an der Stresemannschen Politik übten. Es verlautet, daß eine baldige öffentliche Aussprache im Reichstag nicht mehr zu umgehen sein wird.

Zwischen der Reichsregierung und den Vertretern der Reichstagsparteien finden in diesen Tagen weitere Verhandlungen über die beabsichtigte Amnestie statt.

Das Gerücht, daß der Generaldirektor der Reichsbahn, Deser, durch einen Großindustriellen aus der Sinesverwaltung ersetzt werden solle, wird von zuständigen Stellen als aus der Luft gegriffen erklärt. Deser denkt nicht an einen Rücktritt.

Nach den letzten Meldungen vom marokkanischen Kriegsschauplatz ist es den Rißkabylen gelungen, die französische Front an mehreren Stellen zu durchbrechen. In maßgebenden Kreisen besteht die Ansicht, daß die Ereignisse in Marokko einer Krise entgegensteilen, und daß sich Frankreich bald in einer ähnlichen Lage wie England seinerzeit im Burenkriege befinden werde.

Die französische Kammer hat entgegen dem Rat Caillauds die Gesetzesvorlage über die Ausgabe der Auslandsguthaben mit den Abänderungen des Senats angenommen.

Das amerikanische Staatsdepartement gibt nunmehr offiziell bekannt, daß es bereit sei, eine Konferenz der an Ostasien interessierten Großmächte einzuberufen, auf der die Vereinigten Staaten den Vorsitz führen würden. Eines der Ziele der Konferenz würde die Abschaffung der Exterritorialität und der anderen Privilegien der Fremden sein, welche den Hauptangriffspunkt der fremdenfeindlichen Bewegung in China bilden.

Nach einer Mitteilung des Vertreters Brasiliens im Völkerbundsrat, Mellon Franco sind internationale Unterhaltungen zwecks Einberufung einer Abrüstungskonferenz in Gange. Coolidge soll erjucht worden sein, einen diplomatischen Schritt bei allen Regierungen auszuführen zu lassen, deren Beteiligung an einer Abrüstungskonferenz für notwendig und wünschenswert gehalten werde.

Die englische Regierung ist von Spanien aufgefordert worden, sich an den Blockademahnahmen in „gewissen territorialen Gewässern“ zu beteiligen. Gemeint sind wohl die amerikanischen Gewässer.

Die italienische Regierung plant die Einführung der Goldlira. Mussolini soll die Absicht haben, selbst provisorisch den Posten des Schatzministers zu übernehmen, um persönlich den Kampf für die Goldlira zu leiten.

Die Erdbebenkatastrophe in Kalifornien.

Neue Erdstöße.

Newyork, 2. Juli. Heut: früh eintreffende Meldungen besagen, daß Santa Barbara von 2 neuen Erdstößen heimgesucht wurde. Die Bewohner der Stadt flohen in die nahe gelegenen Felder. Der erste Stoß dauerte 18 Sekunden. Der in Santa Barbara angerichtete Schaden beträgt mindestens 20 Millionen Dollar. Die Clearinghouse Association von Santa Barbara ersuchte die Regierung um sofortige Ueberweisung von 2 Millionen Dollar und Auslegung einer Anleihe von 20 Millionen Dollar. Einzelne Stadiparlamente Kaliforniens haben bereits höhere Mittel zur Verfügung gestellt. Die telegraphische Verbindung mit Santa Barbara ist notdürftig wiederhergestellt.

Aus Los Angeles wird gemeldet, daß über Santa Barbara der Belagerungszustand verhängt worden ist, da Ausschreitungen und Plünderungen vorgekommen sind. Bis zur Zeit wurden 13 Leichen identifiziert. Man bestätigt, daß über 300 Personen verletzt wurden. Es wurde ein Ausschuss gebildet, der bereits mehr als 500 000 Dollar zusammen brachte, die zur ersten Hilfe verwendet werden sollen.

Vom Württ Landtag.

(Stuttg.) Stuttgart, 2. Juli. Im Landtag begann heute Nachmittag die Generaldebatte zum Etat, die der Abg. Göhrling (S.) mit einer scharfen Kritik nicht nur am Schullastengesetz, sondern an der ganzen Politik der württ. Regierung einleitete. Als der Abg. erklärte, daß die Regierung Bazille eben nur fortgeworfen habe, quittierte das Haus diese unwillkommene Kritik an der früheren Regierung mit großer Heiterkeit. Der Redner verlangte besonders den Ausbau der sozialen Gesetzgebung, Schutz der Arbeiter in den Betrieben, Aufrechterhaltung des Achtstundentages, gerechte Aufwertung, Vereinfachung und Verbilligung der Staatsverwaltung, Verbesserung der Justiz, eine andere Behandlung der Wohnungsfrage und menschenwürdige Existenzbedingungen für das ganze Volk. Der Abg. Schöf (Dem.) wandte sich gegen die Verhütung der Jugend durch die Reichskreise, verlangte Achtung vor den Reichsfarben und politische Einigung in Bezug auf die Außenpolitik. Bezüglich der wirtschaftlichen Fragen bezeichnete er als notwendig eine Minderung des nationalen Wohlstandes durch neue Kapitalbildung sowie Steigerung der Ausfuhr. Auf einen besonders wunden Punkt wies der Redner hin, als er sich mit Schärfe dagegen wandte, daß sich viele Deutsche in aufreizender Weise zur Erholung ins Ausland begeben. Weiter kritisierte er das übergroße Kongresswesen und die Festessen, zu denen er auch die Welt- und Fahrtourniere rechnete. Das Schullastengesetz müsse zurückgezogen werden, da es sonst einen kulturellen Abstieg beginne. Man könne den Gemeinden, die an Sparlosigkeit das Meiste leisten, nicht neue Lasten zuschieben, ohne ihnen neue Einnahmequellen zu eröffnen. Die Gebäudeversicherungssteuer sei eine ungerechte Sondersteuer. In der württ. Verwaltung fehle die zielklare Führung, besonders in den vom Staatspräsidenten geführten Verwaltungen. Die öffentlichen Lasten müßten planmäßig verringert werden, erforderlich sei aber auch ein gerechter Ausgleich zwischen Reich, Staat und Gemeinden. Der Redner fragte den Staatspräsidenten, ob es richtig sei, daß anfänglich der Einweisung des Gallenendems der 26. Reserve Division auf dem Waldfriedhof Generalfeldmarschall Herzog Albrecht es abgelehnt habe, mit dem Staatspräsidenten einer Republik zusammenzutreffen und welche Schritte zutreffendenfalls der Staatspräsident getan habe, um die Würde und die Stellung seines hohen Amtes gebührend zu wahren. Die demokratische Partei habe große Bedenken gegen den Etat. Die Politik der Regierung sei stabs- und letzten Endes kulturfeindlich. Die heutige Koalition werde das 25jährige Jubiläum nicht feiern und an ihren eigenen Fehlern und Einseitigkeiten zugrunde gehen. Nachdem dann noch der Abg. Beder (Komm.) erklärt hatte, daß seine Partei den Etat ablehne, wurde die Weiterberatung auf morgen vormittag vertagt.

(Stuttg.) Stuttgart, 2. Juli. Im Kabinettsrat des Landtags ist beschlossen worden, die Beratungen des Etats und des Schullastengesetzes möglichst rasch zu fördern, um Ende nächster Woche mit allen Arbeiten fertig zu sein und in die Sommerferien gehen zu können. Der Finanzausschuß des Landtags soll die Frage der Finanzierung des Wohnungsbaus nochmals beraten. Es handelt sich darum, Kreditgesuche für 3000 Wohnungen, die bisher nicht berücksichtigt werden konnten, zu befriedigen.

(Stuttg.) Stuttgart, 2. Juli. Im Kabinettsrat des Landtags ist beschlossen worden, die Beratungen des Etats und des Schullastengesetzes möglichst rasch zu fördern, um Ende nächster Woche mit allen Arbeiten fertig zu sein und in die Sommerferien gehen zu können. Der Finanzausschuß des Landtags soll die Frage der Finanzierung des Wohnungsbaus nochmals beraten. Es handelt sich darum, Kreditgesuche für 3000 Wohnungen, die bisher nicht berücksichtigt werden konnten, zu befriedigen.

Aus Stadt und Land.

Arbeitsmarkt im Bezirk Calw nach dem Bericht des Arbeitsamts.

Nach der Uebersicht über die Arbeitsgesuche, Offene Stellen und Vermittlungen im Monat Juni ist gegenüber dem Monat Mai eine wenn auch geringe Senkung der Zahl der Arbeitsgesuche, offenen Stellen und Vermittlungen eingetreten, die entsprechend der Jahreszeit das Anhalten einer guten Beschäftigungsmöglichkeit erhellt.

Der Mangel an jüngeren Knechten in der Landwirtschaft hält an. In der Metallindustrie stehen den offenen Stellen mehr als die Hälfte Stelle-suchender gegenüber, was zum großen Teil von der schlechten Lage in der Metallindustrie herrührt, während in der Holzindustrie die offenen Stellen, wenn auch um ein Kleines, überwiegen. Im Baugewerbe tritt nach wie vor ein Mangel an Facharbeitern hauptsächlich an Mauern und Malern hervor; Zimmerleute stehen beim Arbeitsamt Stuttgart zur Verfügung und sind vom Arbeitsamt angefordert worden. Beim Handwerk im engeren Sinne fällt immer noch die verhältnismäßig große Zahl auf dem Beruf steller-suchender Schuhmacher auf. In der im Bezirk vorherrschenden Textilindustrie erscheint ein kleiner Prozentsatz Stelle-suchender, im übrigen ist weder Angebot noch Nachfrage zu verzeichnen.

Während bei der männlichen Uebersicht die Gesamtzahl der Arbeitsgesuche die Zahl der offenen Stellen überwiegt, sind auf dem weiblichen Stellenmarkt gegenüber den Stelle-suchenden mehr offene Stellen zu verzeichnen: es besteht ein bedeutender Mangel an häuslichen Dienstmägden für private Haushaltungen. Auch für die Kurbetriebe fehlt es noch an Kochpersonal, Herd- und Küchenmägden.

Gastspiel des Erdmann-Theaters.

Herr Direktor Erdmann, welcher sein ständiges Theater in Ludwigsburg leitet, kommt nächste Woche auf zwei Tage nach Calw und gibt mit seinem Ensemble zwei Operettenspieler, die neue Operette „Pst! Pst! Die Liebe kommt“ und die alte bekannte Operette „Die Cardasfürstin“ von Kalmann. Alles Nähere wird im Inseratenteil dieses Blattes bekannt gegeben.

Landesvertretertagung des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

(Stuttg.) Stuttgart, 2. Juli. Zu einer bemerkenswerten sozialpolitischen Kundgebung gestaltete sich die am 27. 6. hier abgehaltene Jahrestagung des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Landesverband Württemberg-Hohenzollern, zu dem aus dem ganzen Lande zahlreiche Vertreter erschienen waren. Die Tagung war, abgesehen von der Stellungnahme zu bevorstehenden sozialen und anderen Wahlen, zur Jugendfrage und zu wirtschaftl. Einrichtungen der Erörterung schwebender sozialpolitischer Angelegenheiten vorbehalten. Die gefaßten Beschlüsse bildeten die Grundlage zu einer Reihe von Eingaben an gesetzgebende Körperschaften und die Reichsleitung des D.G.B. Zur Wirtschafts- und Arbeitsverwaltung wurde vom Landesverband nach einem Vortrag von F. Behringer die Schaffung paritätischer Wirtschaftsvertretungen und die baldige Herausgabe des von der württ. Regierung in Aussicht gestellten Gesetzentwurfes über die Selbstverwaltung der Berufe für notwendig erklärt. Kammerer (chr. Gewerkschaften) sprach über Arbeitsnachweisgesetz und Arbeitslosenversicherung unter besonderer Berücksichtigung der Geldwirtschaft und der Arbeitsgepflogenheiten der württ. Verwaltungsausschüsse. Gegen die Mietpreisfestsetzung sprach im Rahmen einer eingehenden Erörterung der Wohnungs- und Mietpreispolitik des Reiches auch des Landes der Landtagsabg. Gengler (chr. Gew.). Von der württ. Regierung wird verlangt, daß sie den preissteigernden monopolistischen Tendenzen auf dem Baustoffmarkt entgegenwirkt und in Verbindung mit der mit größeren Mitteln auszustatten-

den Wohnungskreditanstalt Einrichtungen zu zweckmäßiger Baustoffbeschaffung trifft. Else Oberhardt (NoW) erklärte das sofortige und nachdrückliche Eintreten Württembergs für ein zweckmäßiges Arbeitsgerichtsgesetz als dringend erforderlich. P. Groß (Postgewerkschaft) referierte über die Sonntagsruhebewegung. In einer sehr lebhaften Aussprache gelangte der Wille zum Ausdruck, den Bestrebungen auf Vermehrung der Sonntagsarbeit mit aller denkbar möglichen Energie entgegenzutreten. Der letzte Vortrag, gehalten von F. Behringer, bezog sich auf die Zollvorlage. Die Landesvorstandsämter wurden in der bisherigen Verteilung bestätigt.

Weiter für Samstag und Sonntag.

Der Hochdruck über Mitteleuropa behauptet sich trotz einiger Abkühlung. Für Samstag und Sonntag ist vorwiegend heiteres, jedoch zu vereinzelten Gewittern geneigtes Wetter zu erwarten.

(Stuttg.) Pforzheim, 2. Juli. Wegen der Herstellung von mehreren hundert Einmarstrücken, die jedoch nicht in den Werk-lehr kamen, wurden vom Schöffengericht verurteilt: Fabrikant Karl Feuchter zu 2 Jahren Zuchthaus, Kaufmann Friedrich Reuffer zu 1 Jahr Gefängnis, Scheideanstaltsbesitzer R. Hartmann in Pforzheim zu 1 1/2 Jahren Gefängnis.

(Stuttg.) Herrenberg, 2. Juli. Abends fuhr ein Malerlehrling von hier auf einem Rad den Bettelhausberg hinunter. Dabei überfuhr er ein 15jähriges Mädchen von Mönchberg. Das Mädchen mußte sofort ins hiesige Krankenhaus geschafft werden.

(Stuttg.) Sindelfingen, 2. Juli. Die Daimler-Mannschaft, die mit den Reichsflugzeugen 2 und 21 erfolgreich am Deutschen Rundflug teilgenommen hat, ist zurückgekehrt und wird am morgigen Freitagvormittag zwischen 9.30 und 10.30 Uhr einen Geschwaderflug über Stuttgart ausführen, um der Stutt-garter Bevölkerung die ihr größtenteils noch unbekanntem Flug-zeuge zu zeigen. Im Anschluß daran werden die Flugzeuge ge-mäß ihrer besonderen konstruktiven Eigenschaften in wenigen Minuten für eine Fahrt nach Stuttgart montiert. Die Flugzeuge werden auf dem Marktplatz vor dem Rathaus aufgestellt. Hier findet dann die Begrüßung durch die Stadtverwaltung statt.

(Stuttg.) Tübingen, 2. Juli. Reichsaußenminister Dr. Strese-mann wollte hier am Freitagabend auf Veranlassung des Hoch-schultrings Deutscher Art über das Thema „Außenpolitische Pro-bleme im neuen Deutschland“ sprechen. Dr. Stresemann ist nun aber durch Amtsgeschäfte verhindert, nach Tübingen zu kommen und hat an den Hochschulring Deutscher Art folgendes Tele-gramm geschickt: „Dringende Verhandlung des Kabinetts über außenpolitische Fragen machen es mir zu größtem Leidwesen un-möglich, wünschgemäß den angelegten Vortrag zu halten. Hoffe bestimmt, eheabaldigst meine Zulage erfüllen zu können, bitte aber unter den obwaltenden Umständen das Nichterscheinen zu entschuldigen.“

(Stuttg.) Wergentheim, 3. Juli. Ein hiesiges Auto wollte zwei Radfahrerinnen, die nach Wergentheim unterwegs waren, über-holen. Kurz zuvor pläkte der vordere rechte Radreifen des Autos, weshalb es schwierig war, das in voller Fahrt befindliche Auto nach dem Willen des Führers zu lenken. So kam es, daß das Auto die eine Radfahrerin, die 18 Jahre alte Marie Michel von Gureitersheim, streifte und nach rechts seitlich über den Geh-weg schleuderte. Das Mädchen erlitt nur leichte Verletzungen, während das Fahrrad ziemlich stark beschädigt wurde. Das Auto kam nun noch nicht zum Stehen und überfuhr etwa 50 Meter weiter die 22jährige Apollonia Reuther aus Sigmaringen, die ebenfalls mit dem Rade nach Wergentheim wollte. Dadurch, daß das Mädchen mit ihrem Rade vom Auto noch 18 Meter geschleift wurde, wurde es am ganzen Körper über-zurecht, sie erlitt auch einen komplizierten Schädelbruch. Die Verunglückten wurden alsbald ins Carolinum verbracht. Die leichtere verletzte Marie Michel konnte mit dem Auto nach der ersten Hilfeleistung nach Hause gefahren werden, während Ap-ollonia Reuther zur Weiterbehandlung im Carolinum ver-blieb.

(Stuttg.) Vom oberen Remstal, 2. Juli. Einen Raupenzug wie heuer hat man selten erlebt. Die Stachelbeersträucher sind zum Teil vollständig tahl. Nur Beeren hängen noch am Ge-zweig. Auch die Obstbäume, die heuer üppiges Laub zeigen, leiden schwer unter dem Ungeziefer.

(Stuttg.) Rottweil, 2. Juli. Der Personenzug nach Immen-dingen war zu gewohnter Zeit auf dem hiesigen Bahnhof ab-gefertigt und fuhr auf dem für ihn bestimmten Gleis langsam aus dem Bahnhof. Der Gepäckschaffner hat seine Aufgabe er-füllt: sämtliche Kisten, Körbe und Koffer hat er ordnungs-gemäß verpackt und in aller Seelenruhe schaut er, sein Pflich-ten rauhend, aus dem Wagen. Da kommt auf dem Neben-gleis der Billinger Zug in etwas schnellerem Tempo nach-gesahren. Eine unbekannte Hand streckt sich aus einem Wagen-abteil dieses Zuges herüber und nimmt dem ahnungslosen Schaffner seine Pfeife aus dem Mund. Der also Verabschiedet sich natürlich hastig, aber bevor er recht weiß, wie ihm gescheh, sind Zug und Pfeife verschwunden.

(Stuttg.) Ebingen, 2. Juli. Am Sonntag, den 28. Juni, wurde der Abendzug der Nebenbahn Ostmetzingen-Ebingen und am Montag den 29. Juni der Frühzug durch verwerfliche Tat dadurch gefährdet, daß von dem Täter mutwilligerweise auf der Strecke Ebingen-Wahnhof bis Haltestelle Vorstadt kurz vor der hohen Eisenbahnbrücke 9 Stück eiserne große Nägel — Schienennägel — die 15 Ztm. und 13 Millimeter stark sind, in die Verbindungsstellen der Schienenstränge eingeschlagen wurden, so daß diese 10 Ztm. über die Bahngleise herausschaufen. Die beiden Züge mußten somit über die Nägel fahren. Die Nä-gel selbst wurden zum Teil vollständig hineingedrückt, zum Teil krumm gebogen. Es ist festgestellt, daß nur einige Millimeter fehlten, um den Zug zur Entgleisung zu bringen. Dadurch wäre, da die Tatorstelle direkt vor dem Eisenbahnabdruck liegt, ein großes Unglück unvermeidlich gewesen. Die polizeilichen Ermitt-lungen nach dem Täter haben ergeben, daß der Täter ein zwölf-jähriger Volksschüler von hier ist, der nach seinen Angaben sich eine Freude daraus machen wollte, zu sehen, wie ein Zug ent-gleist und wie die Folgen sich auswirken. Er hat mit noch eini-gen Schulkameraden des öfteren mit Steinen gegen die Reifen-der Nebenbahn geworfen und die Fahrgäste in Gefahr ge-bracht. Weiterhin hat er die in letzter Zeit hier verübten Ein-brüche in zwei Gartenhäuschen eingestanden.

Aus Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Berliner Briefturc.

1 holländischer Gulden	1684,4 Ma.
1 französischer Franken	191,3 Ma.
1 schweizer Franken	816,4 Ma.

Wesfendericht.

(Stuttg.) Stuttgart, 2. Juli. Die Festigkeit an der Börse war nicht von langer Dauer. Heute trat ein Umschwung ein und die Spekulation suchte vergebens, die Kursgewinne der letzten Tage zu realisieren. Die Kurse bröckelten wieder ab.

Landesproduktentbörse.

(Stuttg.) Stuttgart, 2. Juli. Die Stimmung ist ruhig; die Preise für greifbare oder nahe Auslandsweizen sind aber kaum billiger. Die Preise sind wieder unerbändert.

Produktentbörse und Marktberichte des Landwirtschaftlichen Hauptverbandes Württemberg und Hohenzollern E. V.

Berliner Produktenbörse vom 2. Juli.

Weizen märk. 266—270; Roggen märk. 222—225; Som-mergerste 204—218; Winter- und Futtermehle 202—207; Hafer märk. 232—241; Mais prompt Berlin 213; Weizenmehl 33,75 bis 36; Roggenmehl 30,31,75; Weizenkleie 12,90—13; Roggen-kleie 13,80; Naps 350—365; Viktoriaerbsen 26—31,5; Kleine Speiserbsen 25—26,5; Futtererbsen 21—24; Peluschen 22 bis 24; Märböhen 21—22; Weiden 24—26; Lupinen blaue 11,5 bis 12,5; Lupinen gelbe 14—15,5; Napskuchen 15,50—16,50; Leinkuchen 22,2—22,8; Trodenknittel 10,20—10,80; Kartoffel-flocken 20—22,5; Tendenz: stetig.

Amerikanische Produktenbörse vom 1. Juli.

Die Preise verstehen sich für ein amerikanisches Bushel in Cent. New York: Weizen Roter Winter/Sommer loco 181,5; harter dto. 159; Mais loco 111,6; Mehl Spring Wheat clear 725—775; C h i c a g o: Weizen per Juli 143,5; per Sept. 140; per Dez. 141,75; Roggen per Juli 94,25; per Sept. 96,25; per Dez. 99,5; Mais per Juli 97,6; per Sept. 101,25; per Dez. 86,5; Hafer per Juli 42,75; per Sept. 44,5; per Dez. 46,75; Tendenz: schwach.

Nürnberger Hopfen vom 2. Juli.

Zufuhr: 10 Ballen; Umsatz 13 Ballen; Preis: Markthopfen 320, Hallertauer 355. Tendenz: ruhig.

Stuttgarter Schlachthofmarkt.

(Stuttg.) Stuttgart, 2. Juli. Dem Donnerstagmarkt am Vieh- und Schlachthof wurden zugeführt: 50 Dajsen (unterlauf 5), 14 (4) Bullen, 170 (40) Jungbullen, 210 (40) Jungrinder, 54 (11) Kühe, 996 Kälber, 967 (220) Schweine, 20 Schafe und 1 Ziege. Erlös aus je 1 Ztr. Lebendgewicht: Dajsen 1. Qualität 50—55 (letzte Markt 53—59), 2. 40—48 (42—50), 3. 34—38, Bullen 1. 50—53 (52—55), 2. 42—48 (45—50), 3. 38—42 (40 bis 44), Jungrinder 1. 58—61 (61—64), 2. 47—55 (50—58), 3. 38—45 (40—47), Kühe 1. 31—41 (33—43), 2. 20—30 (20—31), 3. 13—16 (14—18), Kälber 1. 69—73 (79—82), 2. 62—67 (72—78), 3. 50—58 (62—68), Schafe 80—84 (80—85), Schweine 1. 75 bis 78 (79—81), 2. 74—76 (77—78), 3. 70—74 (74—78), Säuen 55—65 (60—70) Mark. Verlauf des Marktes: Langsam Ueber-stand.

Pforzheimer Schlachthofmarkt.

(Stuttg.) Pforzheim, 2. Juli. Auftrieb 4 Kühe, 2 Rinder, 1 Farrow, 77 Kälber, 8 Schafe, 42 Schweine. Preise für 1 Ztr. Lebendgewicht: Rinder 1. 60—65, Kühe 30—36, Kälber 72—75, Schweine 78—81 Mt.

Schweinepreise.

Biberach: Läufer 65—110, Milchschweine 28—35 Mt. — Gail-borf: Milchschweine 35—41 Mt. — Pforzheim: Milchschweine 59 Mt. — Weilerstadt: Milchschweine 24—40 Mt. je das Stück. Mengen: Roggen 11.50 Mt. Riedlingen: Haber 12.50, Mais 11.25—12.25 Mt. — Wangen i. N.: Haber 12—14 Mt. der Ztr.

(Stuttg.) Rottenburg, 1. Juli. Trotz der kalten Nächte sind die meisten Hopfenpflanzen gesund. Das Wachstum geht bei der gegenwärtigen Bitterung langsam voran. Die Preise für Hopfen sind im Steigen begriffen. Die Einkäufer sind deshalb zurückhaltend, doch dürften die Bestände bis zur neuen Ernte ver-griffen sein.

Kirchliche Nachrichten.

Ev. Gottesdienst

am 5. Juli (4. Sonnt. n. Dr.). V. L. 26. 8 Uhr Frühpredigt, Stadtpf. Lang, 10 Uhr Predigt, Delan Zeller. Eingangslied 430: Eins ist not. 11 Uhr Sonntagsschule. 1 Uhr Christen-lehre (Söhne 1. Bez.).

Donnerstag, 9. Juli, 8 Uhr Bibelstunde, Stadtpf. Lang.

Kath. Gottesdienst.

Sonntag, 5. Juli. 8 Uhr Frühmesse mit Homilie, 9 1/2 Uhr Predigt, Amt und Christenlehre, 2 Uhr Andacht. Montag, 8 Uhr Gottesdienst in Bad Liebenzell. Mittwoch 8 1/2 Uhr Gottesdienst in Bad Teinach.

Gottesdienste der Methodistengemeinde.

Sonntag, den 5. Juli, vorm. 10 Uhr Predigt, Bink, vorm. 11 Uhr Kindergottesdienst, abends 8 Uhr Predigt, Bink. Mittwoch, 4 1/2 Uhr Bibel-Gebetstunde.

Stammheim: Vorm. 10 Uhr Gottesdienst, nachm. 1/2 Uhr Vortrag, Schmidt. Mittwoch, 1/2 Uhr Bibel-Gebetstunde.

Rätsel- und Aufgabenecke.



Reklameteil.

Der intern. Genossenschaftsbund, dem weitens die größte Mehrzahl der Genossenschaften angeschlossen ist, feiert am 4. Juli seinen 3. intern. Genossenschaftstag. Auch der Consumverein Calw will diesen Tag nicht unbeachtet vorübergehen lassen. Ein der heutigen Stadausgabe beigelegtes Flugblatt gibt Aufschluß über Zweck und Ziel der Consumvereine und welche wirtschaftliche Macht diese heute schon bedeuten. Wie aus dem Angelegentlich ersichtlich, veranstaltet der hiesige Consumverein am Samstag abend einen Mitgliedabend, verbunden mit einer kleinen Warenausstellung, um die Mitglieder mit den Handels- u. Produktionsartikeln der G. E. G. bekannt zu machen.

Calw.
Aufruf
betr. die Anmeldung zur Gebäudebrandversicherung.

Gesetzlicher Vorschrift gemäß werden die Gebäudebesitzer des Gemeindebezirks aufgefordert, Gebäude, die neu errichtet und noch nicht zur Brandversicherung angemeldet oder eingeschätzt oder die abgebrochen worden sind, ferner solche im Laufe des Jahres vorgekommenen Veränderungen in der Bauart oder im Gewerbebetrieb, welche infolge notwendig gewordenen anderweitiger Klasseneinteilung auf den Brandversicherungsbeitrag Einfluss haben, endlich auch die mit den Gebäuden verbundenen und als Zubehörden zu denselben zu versichernden Maschinen und Gerätschaften, die neu eingerichtet, vermehrt oder vermindert wurden,

bis spätestens 31. Juli ds. Js. schriftlich oder mündlich bei der Steuer-Ratschreiberei — Zimmer 1 — anzumelden.

Wenn solche Veränderungen, die auf die Klasseneinteilung Bezug haben, von den Beteiligten nicht rechtzeitig angemeldet werden, so ist, falls der Jahresbeitrag zu erhöhen war, das Zuweniggehaltene, sobald der Mangel zur amtlichen Kenntnis gelangt, von dem Eintritt der Veränderung an in einer Summe nachzuzahlen, wogegen, wenn der Jahresbeitrag sich vermindert hätte, der Beteiligte den Anspruch auf Ertrag des Zuvielbezahnten verliert.

Ältere Gebäude, welche, ob verbessert oder nicht, jüher versichert worden sollen, sind in derselben Frist und bei derselben Stelle anzumelden.

Zur Verhütung von Schäden für die Gebäudebesitzer wird besonders bekanntgemacht:

1. daß Neubauten, Bauveränderungen und Bauverbesserungen einschließlicly neuer Gebäudezubehörden, welche noch nicht zur Gebäudebrandversicherung eingeschätzt sind u. nicht den bloßen Ertrag abgebrannter, versichert gewesener Gebäude oder Gebäudebestandteile bilden, im Fall einer Brandbeschädigung nur dann als versichert behandelt werden, wenn sie vorher von dem Gebäudebesitzer bei der obengenannten Stelle entweder zur sofortigen, auf Kosten des Eigentümers erfolgenden Einschätzung oder zur ordentlichen, auf Kosten der Gemeinde geschehenden Jahreserschätzung — unter Angabe ihres Wertbetrags — angemeldet worden sind;
2. daß durch eine bloße Vormerkung von Amts wegen, soweit eine solche überhaupt stattfindet, die erforderliche Anmeldung durch den Gebäudebesitzer nicht erfolgen kann;
3. daß die Anmeldung während des ganzen Jahres erfolgen kann;
4. daß ein Brandversicherungsbeitrag im Anmeldejahr nur dann und zwar nachträglich, zu entrichten ist, wenn eine Brandbeschädigung gewährt werden muß.

Calw, den 2. Juli 1925.
Stadtschultheißenamt: Göhner.

Stadtgemeinde Nagold.



verbunden mit

Frucht-Markt
am Montag, den 6. Juli 1925

findet statt, wozu eingeladen wird.
Ursprungszeugnisse sind mitzubringen.
Den 1. Juli 1925 Stadtschultheißenamt.

Reichert. Rucksäcke für Jagd-, Sport- u. Geschäftszwecke
Täglich neue Eingänge! Hosenträger in jeder Preislage von 60 Pfg. an

Billig. Angebot!

Vom 1.-8. Juli gebe ich einen **Rabatt von 15%** auf Herren-Oberhemden und Unterwäsche, Damen- u. Kinderwäsche, Prinzeßröcke u. Schlüpfer in Trikotseide, nur Qualitätsware.
Ferner noch einen kleinen Posten Hausblusen zu weit herabgesetzten Preisen.
Emilie Herion.

Amtsgericht Calw.

Handelsregister-Eintrag vom 2. 7. 1925 bei der Firma Baumwollspinnerei Calw, G. m. b. H., in Reutheim, Markung Stammheim: Durch Gesellschafterbeschluss vom 27. Juni 1925 ist § 10 des Gesellschaftsvertrags abgeändert worden.

Stadtgemeinde Calw.

Gesetzliche Miete für Juli 1925.

Für den verg. Monat Juni 1925 beträgt die gesetzliche Miete insgesamt 75 % der Friedensmiete.
Ab 1. Juli 1925 ist eine Aenderung eingetreten.

- Es sind zu zahlen:
- a; An reiner gesetzl. Miete für Wohnräume 55 % der Friedensmiete in Reichsmark.
 - b; Statt der Umlage der Betriebskosten (Steuern, Wassergins, Reichsbahnfahr etc.) 30 % der Friedensmiete, (seitler 25 %.)
 - c. Im Regelfall beträgt also ab 1. Juli 1925 die Miete für Wohnungen 85 % der Friedensmiete (55 u. 30 %).
- Die Sätze für Geschäftsräume und Wohnungen mit einer Friedensmiete von über 800 M sind unverändert.
Calw, den 2. Juli 1925

Stadtschultheißenamt: Göhner.

Stadtgemeinde Calw.

Straßenbesprengung.

Die Bahnhof- und die Neue Stuttgarterstraße werden demnächst geteert werden. Um sie in den hierzu nötigen trockenen Zustand zu versetzen, werden diese Straßen ab Samstag, den 4. Juli nicht mehr mit Wasser besprengt. Die Anwohner werden hiervon verständigt und veranlagt, auch ihrerseits jede Besprengung oder Annässung dieser Straßen zu unterlassen.
Calw, den 3. Juli 1925

Stadtschultheißenamt: Göhner.

Calw.

Getränkesteuer.

Für den Monat Juni 1925 sind die Durchschnittspreise, die der Steuerberechnung zu Grunde gelegt werden dürfen, wie seitler unverändert geblieben.
An die rechtzeitige Einreichung der Erklärungen sowie Zahlung wird erinnert.
Calw, den 2. Juli 1925.

Stadtschultheißenamt: Göhner.

Veteranen-Berein Calw.

Morgen Samstag 4. Juli, abends 7 Uhr im „Schiff“

Monats-Versammlung

(betr. Schießen.)
Um vollzähliges Erscheinen wird gebeten.
Der Vorstand.

Calw, 2. Juli 1925.

Todes-Anzeige.

Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Tochter, Schwiegertochter, Schwester und Schwägerin

Helene Aspriou geb. Baumann

im Alter von 43 Jahren nach schwerem Leiden sanft im Heren entschlafen ist.

Um stille Teilnahme bittet im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Der Gatte:
Stefan Aspriou, Oberschaffner mit seinen Kindern.

Beerdigung Samstag nachmittags 5 Uhr.

Linoleum

und **Triolin**

für Boden und Tischbelag

Teppiche // Läufer // Vorlagen

Vertretung d. größten Werke dieser Erzeugnisse

Emil G. Widmaier

Bahnhofstraße

Karl Busch, Feinkostu. Lebensmittel

Fernruf Nr. 167 **Hirsau** Umlandst. abe
empfehlit: stets frische, eisgekühlte Wurstwaren erster Qualität, aus der Metzgerei Otto Schlatterer in Calw und nimmt Bestellungen auf Fleisch entgegen.

D. V. C. U.
6. Juli Teinach
Bahnhof-
wirtschaft

Autovermietung
für Vergnügungs- und Gesellschaftstouren

Morof, zum Rappen
Calw. Fernsprecher 64.

Wohnung

mit 4-5 Zimmern eventuell mit Laden

zu vermieten.
Angebote unter Nr. K. C. 152 an die Geschäftsst. d. V.

Guten
Apfelmost

auch in klein. Meng. verkauft
Dannenmann, Gartenstr.

Wegen Erkrankung meines Mädchens

suche
zu möglichst sofortigem Eintritt ehrliches

Mädchen

das kochen kann.
Frau Buchdruckereibes.
Röhm, Sindelfingen

Jüngerer **Maschinen-**

schlosser

sowie jüngerer **Hilfsarbeiter**

gesucht.
Harry a Wengen
Talmühle.

Unterhollbach.
Eine junge, fehlerfreie

Ruh

mit dem 2. Kalb setzt dem Verkauf aus
Matthäus Schwämmele.

Fliegen-

fänger

Ritter-Drogerie

Calw.



Alle Musik-Instrumente für Haus und Orchester von den einfachsten Schüler- bis zu den feinsten Künstler-Instrumenten, aller Substanz, Saiten usw. in reicher Auswahl empfiehlt

Musikhaus Curtz,

Pforzheim, Leopoldstr. 17

Arkad. Kiedalsh-Rohbrücke

Großhandlg. Einzelverkauf

Ausführung all. Reparaturen und Stimmen.

Ankauf alter Geigen u. Cell.

Besuchskarten

und **Anzeigen**

erhalten Sie rasch in der **H. Dellshäger'schen Buchdruckerei Calw**

Luftkurort Hirsau.
Heute Freitag, den 3. Juli
von 8-10 Uhr abends
Tanz-Abend
Die Kurverwaltung.

Die Geburt von einem kräftigen
Stammhalter
zeigen hochehrent an
Dr. Karl Bozenhardt mit Frau
und 4 Mädchen
Weida i. Thür., 30. Juni 1925.

Consum
Berein Calw.
Zu dem morgen Abend 1/2 8 Uhr im „Badischen Hof“ stattfindenden
Mitglieder-
Abend
laden wir unsere verehrten Mitglieder mit ihren Familienangehörigen freundlichst ein.
Die Befichtigung d. ausgestellten Waren kann schon ab 2 Uhr nachmittags erfolgen.
Die Verwaltung.

Krieger- und Militärverein
Neuweiler-Hofstett.
Einladung.
Sonntag, d. 5. Juli d. J.
findet die
Eröffnung unj. Schießbahn
mit **Preis-schießen**
statt. Beginn morgens 6 Uhr. Preisverteilung abends 6 Uhr im Gasth. „Krone“, anschließend **musikalische Unterhaltung.**
Vereine, Freunde und Gönner des Schießsports sind herzlich eingeladen.
Der Vorstand.

Kirchen- = Gesangverein
Calw.
Familienabend
heute Freitag, 3. Juli 1925
abends 8 Uhr im Bad. Hof.
Abendmusik mit Werken von Mozart, Haydn, Franz, Volksliedern. Guldigungsreigen an die Musik, ein Singpiel.
Die passiven Mitglieder und besonders unsere Sangesgäste beim Bachfest sind frdl. eingeladen.

Bestellen Sie das „Calwer Tagblatt“!